

Allgemeine Geschäftsbedingungen geiger BDT GmbH (Stand 01.03.20)

§ 1 Allgemeines:

Unsere sämtlichen, auch zukünftigen Verkäufe, Lieferungen und Leistungen liegen ausschließlich unsere nachstehenden Bedingungen zugrunde. Entgegenstehenden Geschäftsbedingungen widersprechen wir ausdrücklich. Diese werden auch dann nicht Vertragsbestandteil, wenn wir einen Vertrag in Kenntnis der entgegenstehenden Bedingungen abschließen. Der Vorrang individueller Nebenabreden (§ 305b BGB) bleibt unberührt.

§ 2 Angebot, Angebotsunterlagen:

Unsere Angebote sind freibleibend. Vertragliche Verpflichtungen bestehen erst nach einer schriftlichen Vertragsbestätigung durch uns oder der Annahme eines von uns ausnahmsweise abgegebenen verbindlichen Angebots durch den Auftraggeber. Mündliche Zusagen von Angestellten und Vertretern sind für uns nur verbindlich, wenn sie Bestandteil unseres Angebots oder des Vertrages werden. Ist eine Bestellung des Auftraggebers als Angebot gemäß § 145 BGB anzusehen, so können wir dies innerhalb von vier Wochen annehmen.

§ 3 Fristen für Lieferungen/Verzug:

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen und Leistungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen sowie die Erbringung der vereinbarten Mitwirkungen und Beistellungen durch den Auftraggeber voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn wir die Verzögerung zu vertreten haben.

2. Ist die Nichterhaltung von Fristen auf höhere Gewalt (Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, Terror, Naturereignisse wie Erdbeben, Überschwemmung, Sintflut oder von uns nicht zu vertretender und nicht nur kurzfristiger Streik oder Aussperrung) zurückzuführen, verlängern sich die Fristen um den Zeitraum der höheren Gewalt zuzüglich einer angemessenen Frist für das Wiederanlaufen unserer Leistungen.

3. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Auftraggebers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Auftraggeber für jeden angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5 % berechnet werden. Der Nachweis höherer oder wesentlich niedrigerer Lagerkosten bleibt unberührt.

§ 4 Eigentumsvorbehalt:

1. Wir behalten uns das Eigentum an gelieferten Gegenständen vor, bis unsere sämtlichen Forderungen gegen den Auftraggeber aus der Geschäftsverbindung beglichen sind. Das gilt auch dann, wenn einzelne oder sämtliche Forderungen von uns in eine laufende Rechnung aufgenommen wurden und der Saldo gezogen und anerkannt ist.

2. Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts ist dem Auftraggeber eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Auftraggeber uns unverzüglich zu benachrichtigen.

3. Bei schuldhaften Pflichtverletzungen des Auftraggebers, insbesondere bei Zahlungsverzug, sind wir nach erfolglosem Ablauf einer dem Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist zur Leistung zum Rücktritt und zur Rücknahme der unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Gegenstände berechtigt. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Auftraggeber ist zur Herausgabe an unserem Niederlassungsort verpflichtet. Die sich hieraus ergebenden Kosten trägt der Auftraggeber.

4. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Gegenstände pfleglich und mit der gebotenen Sorgfalt zu behandeln.

§ 5 Sachmängelhaftung:

Für Sachmängel haften wir wie folgt:

1. Die Wahl zwischen Beseitigung eines Mangels oder der Neulieferung einer mangelfreien Sache treffen wir. Die Ablehnung einer bestimmten Art der Nacherfüllung nach § 437 Abs. 3 BGB bleibt hiervon unberührt.

2. Sachmängelansprüche verjähren in 12 Monaten ab Übergabe oder Abnahme.

3. Der Auftraggeber hat Sachmängel uns gegenüber unverzüglich, spätestens innerhalb einer Kalenderwoche in Textform zu rügen; es genügt die rechtzeitige Absendung der Rüge. Erfolgt die Rüge nicht, ist die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen ausgeschlossen. § 377, 381 HGB bleiben unberührt.

4. Ansprüche des Auftraggebers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als den bei Vertragsabschluss vereinbarten Lieferort verbracht worden ist.

5. Mängelansprüche des Auftraggebers entfallen, wenn dieser ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers Änderungen an den Leistungen, insbesondere an Systemen (Hardware/Software), vorgenommen oder durch einen Dritten hat vornehmen lassen oder wenn die Leistungen vom Auftraggeber zu einem nicht von dem Vertrag gedeckten Zweck eingesetzt werden und die Änderung oder die vertragswidrige Nutzung für das Auftreten des Mangels verantwortlich ist. Dies gilt entsprechend, wenn der Auftraggeber von ihm geschuldete Mitwirkungen oder Beistellungen nicht erbracht hat.

6. Die verschuldensunabhängige Haftung für bereits bei Überlassung vorhandene Mängel eines Mietgegenstands nach § 536a Abs. 1, 1. Alt BGB ist ausgeschlossen.

7. Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen § 7.

§ 6 Rechtsmängel

1. Der Auftraggeber wird uns unverzüglich informieren, wenn er auf tatsächlich oder angeblich bestehende Rechte Dritter an unseren Leistungen hingewiesen wird oder der Auftraggeber anderweitig Kenntnis über solche Rechte Dritter erlangt.

2. Sind Leistungen tatsächlich mit Rechten Dritter belastet, werden wir nach unserer Wahl (a) durch rechtmäßige Maßnahmen die Rechte Dritter oder deren Geltendmachung zu beseitigen (z.B. durch Zahlung von Lizenzgebühren), oder (b) die Leistungen so verändern oder durch andere vergleichbare Leistungen ersetzen, dass die Rechte Dritter nicht mehr verletzt werden.

3. Rechtsmängelansprüche verjähren in 12 Monaten ab Übergabe oder Abnahme.

4. Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen § 7.

§ 7 Sonstige Schadensersatzansprüche:

1. Bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, Arglist sowie bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz haften wir unbegrenzt nach Maßgabe des Gesetzes.

2. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir nur bei der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Verpflichtung deren Erfüllung die Inanspruchnahme unserer Leistungen überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertraut oder vertrauen darf). Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt und der Ersatz mittelbarer Schäden ausgeschlossen, insb. entgangener Gewinn.

3. Beim Verlust von Daten ist die Haftung auf den Wiederherstellungsaufwand seit dem letzten Backup des Auftraggebers beschränkt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer für die Erstellung der Backups beim Auftraggeber verantwortlich ist.

§ 8 Preise:

1. Maßgebend sind die in der Auftragsbestätigung bzw. im Vertrag von uns genannten Preise.

2. Der Preis für die Installation von Geräten wird gesondert berechnet. Ist nichts anderes vereinbart, so sind die im vorgesehenen Montagezeitpunkt bei uns allgemein festgesetzten Listenpreise und Verrechnungssätze maßgebend. Bei speicher-programmierten Anlagen ist der Auftraggeber verpflichtet, rechtzeitig vor Auslieferung der Anlage uns die Anwenderdaten verbindlich mitzuteilen. Wenn der Auftraggeber nachträglich diese Daten sowie den Leistungsumfang ändert, werden solche Änderungen dem Auftraggeber mit den dafür gültigen Listenpreisen gesondert in Rechnung gestellt. Ebenso wird der Preis für die Lieferung und Montage des Leitungsnetzes berechnet; maßgebend sind die von uns im vorgesehenen Montagezeitpunkt allgemein festgesetzten Listenpreise für Aufmaß-Abrechnungen.

3. Preisänderungen der im Vertrag angegebenen Preise sind zulässig, wenn zwischen Vertragsabschluss und vereinbartem Liefertermin mindestens vier Monate liegen und nach Vertragsabschluss die Listenpreise hinsichtlich der zu liefernden Anlagen sich geändert haben. In diesem Fall können wir den Preis entsprechend der Änderung anpassen. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Lieferung der Anlage verzögert, weil der Auftraggeber den ihm aus dem Vertrag obliegenden Verpflichtungen schuldhaft nicht nachkommt.

4. Fracht, Verpackung, Versicherung und Wegekosten werden gesondert berechnet.

5. Alle Preise verstehen sich zzgl. der Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe im Zeitpunkt der Leistungserbringung.

§ 9 Gefährübergang/ Entgegennahme/ Teillieferung:

1. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung wie folgt auf den Auftraggeber über: - bei Lieferungen ohne Aufstellung oder Installation, wenn die Gegenstände an den Frachtführer oder Transportunternehmer übergeben worden sind. Auf Wunsch und Kosten des Auftraggebers werden Lieferungen von uns gegen die üblichen Transportrisiken versichert; - bei Lieferungen mit Aufstellung oder Installation am Tage der Übernahme im Betrieb des Auftraggebers oder, soweit vereinbart, nach vertragsgemäßigem Probetrieb.

2. Wenn der Versand, die Zustellung, der Beginn, die Durchführung der Aufstellung oder Installation, die Übernahme in eigenen Betrieb oder Probetrieb aus vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen verzögert wird oder der Auftraggeber aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug kommt, so geht die Gefahr mit Beginn des Annahmeverzugs auf den Auftraggeber über.

3. Der Auftraggeber darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

4. Teillieferungen sind zulässig, soweit dem Auftraggeber zumutbar.

§ 10 Pauschalierter Schadenersatz bei Annahmeverweigerung:

Befindet sich der Auftraggeber mit der Abnahme der von ihm bestellten Leistungen in Verzug und setzen wir ihm schriftlich eine angemessene Frist zur Abnahme unserer Leistungen, so können wir nach Ablauf dieser Frist nach unserer Wahl anstatt Vertragserfüllung vom Vertrag zurücktreten und eine Schadenspauschale verlangen, die sich auf 20 % des Auftragswertes beläuft. Beiden Parteien bleibt das Recht vorbehalten, nachzuweisen, dass ein wesentlich höherer oder wesentlich niedrigerer Schaden entstanden ist. Diese Regelungen über die pauschale Berechnung des Schadens gelten auch, wenn im Falle der Insolvenz des Auftraggebers der Insolvenzverwalter von seinem Recht Gebrauch macht, den Vertrag nicht zu erfüllen.

§ 11 Absage von Projekten und Terminen

Bei kurzfristigen Absagen von Projekten und Terminen seitens des Auftraggebers behalten wir uns vor folgende Stornogebühr zu berechnen:

Im Falle der Absage innerhalb von 8 Kalendertagen vor dem ersten Termin eines bereits verbindlich geplanten Projektes (Abrechnung erfolgt zum Tagessatz)

- 50% des angesetzten Projektumfangs

Im Fall der Absage von geplanten Einzelterminen innerhalb eines Kalendertages vor dem verbindlich geplanten Termin (Abrechnung erfolgt nach Aufwand)

- wenn bis 0,5 Tage angesetzt = 250 € Technik/300 € Consulting

- wenn bis 1 Tag angesetzt = 500 € Technik/ 600 € Consulting

Dies gilt bei Absagen einen Tag vor Terminbeginn, wie auch bei Absagen am gleichen Tag. Davon nicht betroffen sind Absagen aufgrund höherer Gewalt. Dem Auftraggeber bleibt der Nachweis offen, dass geiger BDT GmbH gar kein oder ein wesentlich geringerer Schaden durch eine Absage entstanden ist.

§ 12 Zahlungsbedingungen:

1. Zahlungen für Warenlieferung, Software, Reparaturen, Hotline, Installationen und Einweisungen sind fällig ohne jeden Abzug nach sieben Tagen netto.

2. Die Rechnungserstellung erfolgt ausschließlich auf elektronischem Weg per E-Mail. Sollte der Auftraggeber eine Rechnung per Briefpost benötigen, wird dafür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 5,00 (fünf) € pro Rechnung berechnet.

3. Die Zahlung kann durch Lastschrifteinzug erfolgen. Der Auftraggeber ermächtigt den Auftragnehmer ausdrücklich, Rechnungs-Gesamtpreise sowie weitere Rechnungsbeträge, nach Fälligkeit per SEPA-Lastschriftmandat einzuziehen. Dies bestätigt der Auftraggeber durch Abgabe der unterschriebenen Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats.

4. Der Auftraggeber kann gegen unsere Zahlungsansprüche nur aufrechnen, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder von uns nicht bestritten sind. Die Ausübung von Zurückbehaltungsrechten wegen Gegenansprüchen aus anderen Verträgen ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn es sich bei den Gegenansprüchen um solche aus der gesetzlichen Mängelhaftung handelt.

§ 13 Eigentum und Urheberrecht an Unterlagen:

An technischen Unterlagen, Abbildungen und Zeichnungen, die dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden, behalten wir uns Eigentum und Urheberrecht vor. Der Auftraggeber ist nicht befugt, diese Unterlagen nicht autorisierten Dritten zugänglich zu machen. Sollte der Auftraggeber gegen diese Verpflichtung verstoßen oder die Unterlagen auf sonstige Weise missbräuchlich verwenden, können wir sie zurückfordern. Andere Ansprüche bleiben unberührt.

§ 14 Rechte an Programmen:

Bei speicherprogrammierten Anlagen gehören Programmverarbeitungseinrichtungen, Datenträger sowie die Programme für die vereinbarten Leistungsmerkmale zum Vertragsumfang. Die Programmverarbeitungseinrichtungen und Datenträger gehen mit den übrigen Anlagenteilen in das Eigentum des Auftraggebers über. Ohne gesonderte Berechnung erhält der Auftraggeber das einfache, nicht ausschließliche, räumlich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkte Recht, das System oder die Programme (Hard- und Software) für die vereinbarten Leistungsmerkmale sowie den vereinbarten Leistungsumfang zum Betrieb des nachrichtentechnischen Systems zu benutzen. Uns bleiben alle anderen Rechte an den Programmen. Der Auftraggeber erhält insbesondere kein Recht, die Programme zu vervielfältigen, zu verbreiten, zu ändern (bearbeiten oder weiterentwickeln) oder öffentlich zugänglich zu machen. Bei jedem Weiterverkauf der Anlage gehen bezüglich der Programme nur die vorgenannten Rechte des Auftraggebers auf den jeweiligen Erwerber über, alle anderen Rechte an den Programmen verbleiben ausschließlich bei uns.

§ 15 Zurverfügungstellung von Räumen:

Der Auftraggeber stellt für die Anlage geeignete Aufstellungsräume mit Netzanschluss und die den Vorschriften entsprechenden Aufenthaltsräume für unser Servicepersonal zur Verfügung.

§ 16 Gerichtsstand, Erfüllungsort, Wirksamkeit:

1. Für sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung mit Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechtes oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen einschließlich Wechsel- und Scheckforderungen wird als Gerichtsstand – unbeschadet unseres Rechtes, Klage an jedem anderen gesetzlich begründeten Gerichtsstand zu erheben – unser Firmensitz vereinbart.

2. Sofern sich aus unserer Auftragsbestätigung nichts Gegenteiliges ergibt, ist unser Geschäftssitz Erfüllungsort.

3. Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Bedingungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht.